

Dienstag, 27. Mai 1997

Staatsanwältin fordert Höchststrafe wegen Kindesmißbrauch

Plädoyer im Worms-Prozeß: „15 Jahre für Hauptangeklagte“

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Im letzten noch nicht entschiedenen Wormser Kindesmißbrauchsprozeß hat die Staatsanwaltschaft gestern vor dem Mainzer Landgericht Höchststrafen gefordert. Die beiden Hauptangeklagten, ein 33-jähriger und seine 32-jährige Ehefrau, sollen wegen 71 beziehungsweise 61 Fällen von sexuellem Mißbrauch für jeweils 15 Jahre hinter Gitter – so lautete das Plädoyer der Staatsanwältin Heike Finke.

Und dann Freispruch?

Für weitere neun Angeklagte forderte sie Haft zwischen sieben und zehn Jahren. Nach der Beweisaufnahme stehe fest, daß die Angeklagten zwischen 1991 und 1993 16 eigene und verwandte Kinder in abscheulicher Weise geschändet hätten.

Die geforderten 15 Jahre sind die höchstmögliche zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe im deutschen Strafrecht. Für die Einzeltaten, die den beiden Hauptangeklagten zur Last gelegt werden, rechnete die Anklägerin gar Gesamtstrafen-Summen von 354 und 221 Jahren zusammen. Verteidiger monierten dies als „Stimmungsmache“. Finke beharrte darauf, die Strafzumessung auf diese Weise transparent zu machen. Zu Beginn ihres Plädoyers hatte die Staatsanwältin allerdings schon eingeräumt, daß sie mit diesen Strafforderungen bei den Richtern möglicherweise kein Gehör finden wird: „Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß der überwiegende Teil der Angeklagten, wenn nicht alle, freigesprochen werden.“

Dies spiegelt die Erfahrungen aus den bereits gefällten Urteilen des Wormser Verfahrenskomplexes. Im Dezember 1996 sowie im Januar und März 1997 waren 13 Angeklagte vom Vorwurf des Kindesmißbrauchs freigesprochen worden, teils wegen erwiesener Unschuld, teils wegen Zweifeln an der Schuld, teils aus Mangel an Beweisen. Auch für elf dieser 13 Angeklagten hatte die Staatsanwaltschaft Haft bis zu 14 Jahren gefordert. Die Diskrepanz zwischen Strafforderung und Freisprüchen erklärte Heike Finke gestern so: Bei derart widerwärtigen Delikten könne sich auch in den Köpfen der Richter der Gedanke festsetzen, daß es so etwas doch gar nicht

geben dürfe, „nach der Devise: nicht sein kann, was nicht sein darf“. Finke, die früher von „Betonplatten in den Köpfen der Richter“ gesprochen hatte, ging damit die Kammer und den Vorsitzenden Hans E. Lorenz gestern erneut deutlich an.

Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft haben vor allem die Aussagen der betroffenen Kinder über erlittenen Mißbrauch die Angeklagten überführt. „Die Kinder haben konkrete Handlungen, Täter und Orte widerspruchsfrei beschrieben“, so die Anklägerin. „Unter normalen Umständen reichen solche Aussagen allemal für eine Überführung aus, in letzter Zeit aber haben sich die Dinge entscheidend geändert.“ Das „magische Schlagwort Suggestion“ finde bei manchen Richtern offene Ohren, so auch in den Worms-Verfahren.

Entscheidenden Anteil an den Worms-Freisprüchen hatten in der Tat Expertisen einzelner Glaubwürdigkeitsgutachter, wonach Kinder Mißbrauchshandlungen nicht erlitten, sondern aufgrund beeinflussen der Fragen Erwachsener nur vermeintlich erlebt und geschildert hätten. Gegen diese These ging die Anklagebehörde gestern erneut an: „Die Staatsanwaltschaft hält es für ausgeschlossen, daß jemand Dinge, wie sie Kinder hier schilderten, suggerieren kann; die Schilderung muß auf Erlebtem beruhen“, so Finke. Loyalität und Liebe von Kindern zu den Eltern bildeten zudem ein Bollwerk gegen Suggestion. Es sei nicht denkbar, daß Kinder ihre Eltern abscheulichster Taten bezichtigten, nachdem sie gerade drei Stunden von diesen getrennt seien. Massiv auffällige medizinische Befunde bei den Kindern stützten die Anklage, erklärte die Staatsanwältin.

„Abartige Perversion“

Das geringe Alter der Kinder – das jüngste war zum angeklagten Tatzeitraum erst sechs Monate alt – müsse strafverschärfend ins Gewicht fallen, betonte die Anklägerin. Den Opfern sei durch „abartige Perversionen“ unermessliches Leid zugefügt worden, „die Folgen werden noch Jahrzehnte nachwirken“. Die Angeklagten seien mit „äußerst hoher krimineller Energie“ und mit „unglaublicher Dreistigkeit“ vorgegangen. Der Prozeß wird mit den Plädoyers von Nebenklage und Verteidigung fortgesetzt.